

Samburger Woche.

Das „Samburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags... Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt...

Freitag, den 2. Juli 1897.

Anzeigen werden die sechsgehaltene Beilage oder deren Raum mit 20 A... Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.)...

Hierzu eine Beilage.

Der erweiterte Militärstaat.

Das Nebeneinander der militärischen Interessen tritt nicht nur an dem Punkte in die Erscheinung, wo sich das ständige Heer zu verhalten, immer neue ungeheure Ausgaben für die Bewaffung und stetige Kriegsbereitschaft zu machen.

der Militärämter seine Dienste dem „Öffentlichen Wohl“, dem Staate, dem Reiche gewidmet habe... Ein recht haltlose Berufung, die die Tendenz des Militarismus, seine Interessen über alle anderen zu stellen, nicht verleugnet.

Mit dieser „Bildung“ melbet der Unteroffizier sich zur Zivilversorgung; auf Grund dieser „Bildung“ beansprucht er nach geschickter Maßgabe Anstellung im Staats-, Reichs- und Gemeindebedienst.

Das Gewicht dieses Umstandes kann nicht abgemindert werden durch die Berufung darauf, daß die Militärämter seinen Dienste dem „Öffentlichen Wohl“, dem Staate, dem Reiche gewidmet habe.

staat ausmacht, in welchem der Soldat Alles, der Bürger Nichts gilt, außer daß er das Mittel zum Zweck der Sicherung und Durchführung des militärischen Interesses ist.

Von der Weltbühne.

Ein scharfes Schlaglicht auf die politische Situation wird die Haltung der Regierung in der Witzwochen-Sitzung des preussischen Herrenhauses. Bekanntlich war die Regierung anfänglich unentschieden, auf die Weiterbehandlung der Vereinigungs-Vorlage zu verzichten.

Denken war das ganze Verfahren verabredet, es verlief völlig „programmmäßig“ ohne förmliche Zwischenfälle, aber doch mit einem Komödie. Der Bericht des Reichstages, das die Kommission, Graf Ado Stollberg-Rosenorode, ein Führer der konservativen Fraktion, dem Reichstag die Lage der Vorlage in Ausführung der Regierung ergriff, die ihr dargebotene Handlung und meinte, daß allerdings die Vorlage weit geeigneter sei, die Wohlthat des Staates zu stärken, doch aber auch die Möglichkeit der Kommission in ihrer beschränkten Fassung ein festes Bollwerk gegen die Umwälzungsbestrebungen errichten würde.

Die Seelenverwandtschaft zwischen v. d. Recke und seinem Vorgänger v. Puttkamer kennzeichnet sich besonders darin, daß er verstand, mit dem Gesetz sollen, „allein die Umwälzungen“ getroffen werden, die anderen Parteien hätten zur Besorgnis keine Veranlassung.

Reicherei v. Stamm meinte, daß wenn jeder Abgeordnete „rein nach seinem Gewissen“, ohne den Zwang der Fraktion, die Vorlage eine große Mehrheit im anderen Hause finden würde.

Die „Hannover Courrier“ läßt sich dahin aus: „Die aus politischen, nationalen und praktischen Erwägungen resultierende Unbrauchbarkeit eines solchen Versuches und auf das Verweilen und Reformen in den bestehenden Verhältnissen.“

Wir geben auf derartige Versicherungen der nationalen liberalen Presse nicht viel. Tatsächlich haben die Konventionen immer noch die Hoffnung, wenigstens etliche Nationalliberale im Abgeordnetenhause zum Umfallen zu bringen.

Nehmen man dazu die Thatsache, daß es immer mehr Regel wird, auch die höheren und höchsten Posten im öffentlichen Dienst mit Leuten zu besetzen, die eine Militärkarriere hinter sich haben, dann hat man Alles das beisammen, was den erweiterten, den vollkommenen Militär-

treten werden, sollen Kundgebungen arrangiert werden, um die nationalliberalen Abgeordneten dieser Wahlkreise zu bestimmen, sich bei der erneuten Abstimmung im Abgeordnetenhause neutral zu verhalten, d. h. sich der Abstimmung zu enthalten.

Es ist zweierlei, ob die Wähler durch Kundgebungen ihrer Meinung auf die Abgeordneten einzuwirken suchen, dieselben für ihre Meinung zu gewinnen, oder ob nach dem Stimmungsstand die Wähler dem Abgeordneten mitteilen, daß sie seiner Meinung nicht zustimmen.

Von den Wirkungen des „Neuen Sozialistengesetzes“, falls es die endgültige Annahme gelangt, gab in der Herrenhausung am Mittwoch der Reichstag Bericht über die Wirkung der sehr zu treffenden Schließungen.

„Vollen Sie denn in die Lohnkämpfe mit diesem Gesetz eingreifen? In Westfalen besteht ein Verband gewisser Arbeitgebervereine, die bezüglich der Lohnfrage eine Kammer mit den Sozialisten zum Gesetz verhandeln wollen, oder auch getroffen werden?

Der „Hannover Courrier“ läßt sich dahin aus: „Die aus politischen, nationalen und praktischen Erwägungen resultierende Unbrauchbarkeit eines solchen Versuches und auf das Verweilen und Reformen in den bestehenden Verhältnissen.“

Die „Hannover Courrier“ läßt sich dahin aus: „Die aus politischen, nationalen und praktischen Erwägungen resultierende Unbrauchbarkeit eines solchen Versuches und auf das Verweilen und Reformen in den bestehenden Verhältnissen.“

Wir geben auf derartige Versicherungen der nationalen liberalen Presse nicht viel. Tatsächlich haben die Konventionen immer noch die Hoffnung, wenigstens etliche Nationalliberale im Abgeordnetenhause zum Umfallen zu bringen.

Wurzel fassen soll in der zeitgenössischen Geschichte. Über das man es eine nicht mit einer Legende, sondern mit Wahrheit zu thun? Warum ist man demgegenüber nicht von autoritativer Seite entgegengetreten?

Ja, es ist so: Sieg des Lauch über Reichschall! Derzeitige Correspondent berichtet folgende Ansicht: Der neue Reichsminister, Herr v. Bismarck, war so viel Gutes man auch über seine diplomatische Tätigkeit im Ausland hört, als Minister oder Staatssekretär als „weiches Blatt“ erschienen. Jedenfalls bedeutet seine Ernennung kein Programm.

Von den Wirkungen des „Neuen Sozialistengesetzes“, falls es die endgültige Annahme gelangt, gab in der Herrenhausung am Mittwoch der Reichstag Bericht über die Wirkung der sehr zu treffenden Schließungen.

„Vollen Sie denn in die Lohnkämpfe mit diesem Gesetz eingreifen? In Westfalen besteht ein Verband gewisser Arbeitgebervereine, die bezüglich der Lohnfrage eine Kammer mit den Sozialisten zum Gesetz verhandeln wollen, oder auch getroffen werden?

Der „Hannover Courrier“ läßt sich dahin aus: „Die aus politischen, nationalen und praktischen Erwägungen resultierende Unbrauchbarkeit eines solchen Versuches und auf das Verweilen und Reformen in den bestehenden Verhältnissen.“

Die „Hannover Courrier“ läßt sich dahin aus: „Die aus politischen, nationalen und praktischen Erwägungen resultierende Unbrauchbarkeit eines solchen Versuches und auf das Verweilen und Reformen in den bestehenden Verhältnissen.“

Wir geben auf derartige Versicherungen der nationalen liberalen Presse nicht viel. Tatsächlich haben die Konventionen immer noch die Hoffnung, wenigstens etliche Nationalliberale im Abgeordnetenhause zum Umfallen zu bringen.